



# Presseerklärung

Berlin, 12. Juni 2023

## **Mehmet Daimagüler: „Wir brauchen eine Kehrtwende im Umgang mit geflüchteten Roma. Deutschland muss seiner historischen Verantwortung gerecht werden.“**

Ein Bündnis von Selbstorganisationen und NGOs hat heute einen offenen Brief an die Berliner Innensenatorin Iris Spranger veröffentlicht. Die Unterzeichner\*innen fordern einen Richtungswechsel in der Asylpolitik gegenüber geflüchteten Roma und sprechen sich gegen die Einstufung der Republik Moldau als Sicheren Herkunftsstaat aus. Der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus, Mehmet Daimagüler, hat heute eine Beratungsstelle für geflüchtete Roma in Berlin besucht und sich mit von Abschiebung betroffenen Familien ausgetauscht.

### **Mehmet Daimagüler:**

„Meine Gespräche mit geflüchteten Roma aus Moldawien und Vertreter\*innen von NGOs waren sehr bewegend. Die Schilderungen der Lebensumstände dieser Menschen in Aufnahmezentren in Berlin, sowie Berichte aus der Abschiebungspraxis der Behörden werfen teilweise ein beschämendes Bild auf unser Land.

So soll es bei Abschiebungen von geflüchteten Roma nach Moldawien zu Trennungen von Familien gekommen sein. Selbst Familien mit kleinen Kindern oder schwangere Frauen sollen davon betroffen sein. Schwerkranke Menschen – Erwachsene wie Kinder und Menschen mit körperlichen Behinderungen sollen abgeschoben worden sein, ohne dass eine medizinische oder psychosoziale Versorgung dieser Menschen in ihren Herkunftsstaaten sichergestellt wäre.



Beauftragter der Bundesregierung  
gegen Antiziganismus und für  
das Leben der Sinti und Roma  
in Deutschland

Ebenso deuten die Berichte des Berliner Flüchtlingsrates und der Hildegard-Lagrenne-Stiftung über die Situation in den Aufnahmelagern in Berlin darauf hin, dass das Land Berlin dem besonderen Unterbringungs- und Versorgungsbedarf von moldawischen Roma nicht gerecht wird.

Bei den geflüchteten Roma aus Osteuropa und dem Balkan handelt es sich regelmäßig um Überlebende bzw. die Nachkommen von Überlebenden des deutschen Völkermords und der örtlichen Verbündeten. Es ist zynisch, an Gedenktagen von der besonderen deutschen Verantwortung für die Opfer des Völkermords zu sprechen, und andererseits mit aller Härte Roma abzuschieben, denen in ihren Herkunftsstaaten Gewalt, Ausgrenzung, Armut und Verfolgung drohen.

Der Berliner Flüchtlingsrat fordert zu Recht, dass die im Landesrecht vorgesehen Spielräume für die Gewährung eines humanitären Bleiberechts für geflüchtete Roma ausgeschöpft werden.

Die Republik Moldau ist für Roma kein sicheres Herkunftsland. Die Beitrittsperspektiven der Republik Moldau zur Europäischen Union müssen sich am Schutz von Minderheiten und Menschenrechten orientieren, nicht an der Bereitschaft zum Abschluss von Rückführungsabkommen. Die Einstufung von Ländern zu sicheren Herkunftsstaaten, in denen einzelne Gesellschaftsgruppen keinen angemessenen menschenrechtlichen Schutz genießen, ist nicht tragfähig.“